

Abfall und Verpackungen in kommunale Hand

Ein Fachbeitrag von Britta Haßelmann und Peter Meiwald zur aktuellen Debatte um die grüne Initiative zum Wertstoffgesetz im Bundesrat:

Wertstoffe setzen sich zusammen aus Verpackungen, für die die gelbe Tonne oder der gelbe Sack vorgesehen ist, und sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen, wie eine Bratpfanne oder ein Bobby Car, die bisher überwiegend im Restmüll entsorgt werden. Es ist sehr sinnvoll auch diese „stoffgleichen Nichtverpackungen“ mit den Verpackungen zu sammeln, zu sortieren und zu verwerten. Doch zwei Jahre nachdem Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ein ambitioniertes Wertstoffgesetz angekündigt hat, liegt dem Bundestag immer noch kein Gesetzentwurf vor.

Still und leise veröffentlichte Barbara Hendricks im Herbst letzten Jahres einen „Arbeitsentwurf“, der nicht einmal die Eckpunkte der schwarz-roten Koalition umsetzt. Der Entwurf sieht vor, die privaten Dualen Systeme weiter künstlich am Leben zu halten und sogar noch weiter aufzublähen. Zukünftig sollen sich diese in einer „Zentralen Stelle“ nun auch noch selbst kontrollieren. Mit dem Vorschlag der Bundesregierung werden die Kommunen aus der Entsorgung des Hausmülls weiter zurückgedrängt und die Wertstoffsammlung vollständig in die Hände der Dualen Systeme gelegt.

Dies kommt einer Privatisierung der Abfallentsorgung gleich, die eigentlich eine kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge ist. Das bereits heute ineffiziente zweitgeteilte System der Abfallentsorgung, das den Kommunen die Sammlung des Restmülls und den Dualen Systemen die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verpackungen zuschreibt, wird fortgeführt. Der Entwurf aus dem Umweltministerium verkompliziert ein bereits aufgeblähtes, ineffizientes System noch weiter, und schafft ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit an der Schnittstelle zwischen Dualen Systemen und den Kommunen.

Bereits im Sommer 2014 haben wir einen Vorschlag für eine Neuorganisation der Sammlung vor Ort vorgelegt. Wir plädieren für eine klare, kostengünstigere Organisation der Sammlung vor Ort und mehr Wettbewerb. Für die Verwertung und Sammlung der Wertstoffe wollen wir eine staatliche „Zentrale Stelle“ einführen, die sich um Ausschreibungen und die Weiterentwicklung der bisherigen Lizenzentgelte zu einer ökologisch lenkenden Ressourcenabgabe kümmert. Auch die Recyclingquoten müssen dynamischer, deutlich ambitionierter werden.

Die Kommunen sind ohnehin für die Sammlung des Restmülls zuständig. Wir wollen Kommunen auch die Verantwortung für die Sammlung der Wertstoffe übertragen. Damit kommt die Verantwortung für den Hausmüll zurück in die kommunale Hand – das schafft Klarheit und Transparenz.

Die grün mitregierten Bundesländer haben ein solches Modell dem Bundesrat vorgelegt. Interessant ist, dass jetzt plötzlich Handels- und Industrieverbände mit dem Argument der „Verstaatlichung“ der Wertstoffsammlung versuchen, den angeblich existierenden Müllmarkt zu verteidigen. Doch den gibt es auch im jetzigen System nicht, obwohl privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen agieren. Sie haben sich die Wertstoffströme in einem praktisch unkontrollierbaren und ineffizienten System aufgeteilt und monopolartige Strukturen geschaffen. Das einheitliche Erfassungssystem, die gleichen Kostenansätze und vergleichbare Verwertungsinfrastruktur der Dualen Systeme lässt ein wesentliches marktwirtschaftliches Moment vermissen: das der Konkurrenz. Wir wollen, dass die Sortierung und Verwertung der Wertstoffe nach den Vorschriften des Vergaberichts ausgeschrieben werden und so Wettbewerb in das System bringen. Dies bedeutet, dass bei der Sortierung und Verwertung mitnichten der privatwirtschaftliche Ansatz in Frage gestellt wird, wie jetzt einschlägige Lobbyisten behaupten.

Der Vorwurf der „Verstaatlichung“, wenn kommunale Unternehmen die Sammlung – und eben nicht die Sortierung und Verwertung – übernehmen, ist somit nur heiße Luft. Die Behauptung des Handels, die Sammlung durch die Kommunen sei viel kostenaufwändiger, ist reine Augenwischerei. Die vom Handel ins Feld geführten angeblichen Mehrkosten für Kommunen sind völlig aus der Luft gegriffen, zumal ja gerade die Overhead- und Transaktionskosten der parallel existierenden Dualen Systeme Teil der Probleme von heute sind.

Das tote Pferd des Dualen Systems sollte endlich das Gnadenbrot erhalten anstatt nun auch noch mit der Sammlung der stoffgleichen Nichtverpackungen beauftragt zu werden. Dies erkennen mittlerweile Fachpolitiker aus allen Fraktionen in Bund und Ländern. Es wird Zeit, dass das zuständige Bundesumweltministerium diese Erkenntnis endlich in ein Wertstoffgesetz umsetzt.

Zu den Autoren:

Britta Haßelmann, Erste parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Kommunalpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen